

Bürger empfinden weniger Furcht vor Kriminalität: Indikatoren zur öffentlichen Sicherheit

Noll, Heinz-Herbert; Weick, Stefan

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Noll, H.-H., & Weick, S. (2000). Bürger empfinden weniger Furcht vor Kriminalität: Indikatoren zur öffentlichen Sicherheit. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 23, 1-5. <https://doi.org/10.15464/isi.23.2000.1-5>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Sozialberichterstattung
Gesellschaftliche Trends
Aktuelle Informationen

Eine **ZUMA** Publikation

Inhalt

Bürger empfinden weniger Furcht vor Kriminalität	1
Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit	5
Tagungsbericht: 10 Jahre nach dem Fall der Mauer: „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ oder bleibende Ungleichheit?	9
Wohnqualität in Ostdeutschland 1990 bis 1998	10
Neue Sozialberichte für Tschechien und Ungarn	14
Sozialpolitik als interdisziplinäre Aufgabe Eine Buchbesprechung	15
Call for Papers: Reichtum in Deutschland: Meßkonzepte, Indikatoren, Analysen	16
Call for Papers: Soziale Indikatoren auf dem Soziologiekongreß 2000 in Köln	16

Bürger empfinden weniger Furcht vor Kriminalität

Indikatoren zur öffentlichen Sicherheit

Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit stellt eine wesentliche Komponente der individuellen Wohlfahrt sowie der gesellschaftlichen Lebensqualität dar. Aus der Sicht der Bürger genießen die öffentliche Sicherheit und der Schutz vor Kriminalität daher im Vergleich zu anderen Aspekten der Lebensverhältnisse einen hohen Stellenwert: 1998 sehen 58 Prozent der Westdeutschen und 68 Prozent der Ostdeutschen den Schutz vor Kriminalität als „sehr wichtig“ an. In Ostdeutschland steht der Schutz vor Kriminalität damit an sechster und in Westdeutschland sogar an vierter Stelle in der Rangfolge der Wichtigkeit von Lebensbereichen, in Westdeutschland noch vor der Arbeit und dem Einkommen. Im folgenden werden zwei Aspekte der öffentlichen Sicherheit behandelt, die faktische Kriminalitätsbelastung und die daraus resultierende „objektive“ Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit auf der einen Seite und die subjektive Wahrnehmung und Bewertung der persönlichen Sicherheit auf der anderen Seite. Ängste und Besorgnisse, Gefühle der Bedrohung und Unsicherheit in der Bevölkerung sind als Maßstab für die Gewährleistung oder Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit nicht weniger bedeutsam als Zahlen über Delikte und Opfer von Verbrechen. Es wird daher zunächst anhand von Daten der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) die faktische Kriminalitätsentwicklung in den alten und neuen Bundesländern grob skizziert und daran anschließend detaillierter untersucht, wie die Bundesbürger in Ost und West die Situation subjektiv empfinden und beurteilen. Diese Analyse stützt sich auf die Daten der Wohlfahrtssurveys¹, insbesondere die der Jahre 1998 und 1993.

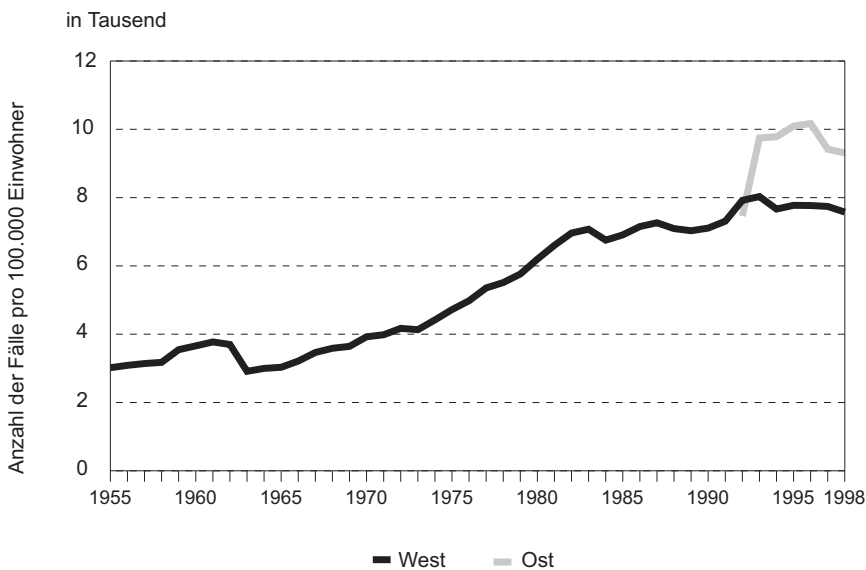
Starker Anstieg der Kriminalität in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung

Was die Entwicklung der öffentlichen Sicherheit und Kriminalität in Ostdeutschland angeht, war eine Angleichung an die westdeutschen Verhältnisse nicht unbedingt erwünscht, aber doch voraussehbar. Man konnte erwarten, daß mit der Transformation der ehemaligen DDR von einer autoritären, geschlossenen und durch ein hohes Niveau formeller und informeller sozialer Kontrolle charakterisierten Gesellschaft in eine offene, demokratische und liberale Gesellschaft eine Zunahme der Kriminalitätshäufigkeit und damit verbunden auch eine Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit einhergehen würde. Die Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, ist nicht nur, wie sich der Umfang der Kriminalität ausgehend von einem vergleichsweise niedrigen Niveau - nach amtlichen Angaben betrug die Gesamt-

kriminalitätsrate 1988 im letzten regulären Lebensjahr der DDR lediglich 10 Prozent, nach korrigierten Berechnungen allerdings bis zur Hälfte der westdeutschen Rate (Kerner 1997) - tatsächlich entwickelt, sondern auch, wie die Bevölkerung darauf reagiert hat. Die ostdeutsche Bevölkerung hatte bis dahin nicht nur wenig Erfahrung im Umgang mit Kriminalitätsrisiken, sondern sie befand sich generell in einer anomischen Situation und verfügte über ein niedriges Ressourcenpotential, so daß man insgesamt von einem höheren Grad der Verletzbarkeit ausgehen konnte (Noll/Schröder 1995).

Informationen zur faktischen Kriminalitätsbelastung liefert die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS). Allerdings wird deren Aussagekraft dadurch eingeschränkt, daß hier nur die Straftaten eingehen, die der Polizei bekannt werden². Betrachtet man die Entwicklung der

Graphik 1: Gesamtkriminalitätsziffer



Datenbasis: Polizeiliche Kriminalstatistik, System Sozialer Indikatoren

Gesamtkriminalität, so ist zunächst eine langfristige Zunahme für das Gebiet der alten Bundesländer von rund 2.900 Straftaten pro 100.000 Einwohner im Jahr 1953, als die PKS erstmals durchgeführt wurde, auf etwa 7.600 im Jahr 1998 zu beobachten (Graphik 1). Das heißt, die Gesamtkriminalität hat sich über einen Zeitraum von dreieinhalb Jahrzehnten knapp verdreifacht³. In den 80er Jahren hatte sich der Anstieg zunächst abgeflacht und erst am Ende dieser Dekade war dann wieder eine allerdings kräftige Zunahme mit einem Höhepunkt von über 8.000 Straftaten pro 100.000 Einwohner im Jahr 1993 zu beobachten, die verschiedentlich mit den Öffnungen der Grenzen in den Ländern Mittel- und Osteuropas und sonstigen verstärkten Wanderungsbewegungen in Verbindung gebracht wird. Aber auch dieser kräftige Anstieg der Gesamtkriminalitätsziffer am Ende der achtziger und Beginn der neunziger Jahre relativiert sich deutlich, wenn man ihn im Kontext der langfristigen Entwicklung sieht. In den letzten Jahren war dann sogar wieder ein leichter Rückgang der Ziffer zu beobachten.

In den neuen Bundesländern hat die Gesamtkriminalitätsziffer bereits 1992 mit rund 7.500 Straftaten auf 100.000 Einwohner fast das Niveau der westdeutschen Länder erreicht. Der Anstieg von 1991 auf 1992 ist drastisch, wenngleich man dabei berücksichtigen muß, daß der Anstieg in diesem Ausmaß aufgrund einer zunehmend vollständigeren Erfassung z.T. wohl auch artifizieller Art ist⁴. Dennoch, an einem rapiden Anstieg gibt es keinen Zweifel, und schon 1993 überstieg die Gesamtkriminalitätsziffer mit über 9.700 Straftaten auf 100.000 Einwohner das westdeutsche Niveau deutlich. Der bisherige Höhepunkt der Entwicklung lag im Jahr 1996 mit einer Kriminalitätsziffer von fast 10.200 Straftaten pro 100.000 Einwohnern; in den letzten beiden Jahren ging die Ziffer dann wieder bis auf 9.300 zurück. Eine mögliche und - wie uns scheint - nach wie vor plausible Erklärung für

die rapide Zunahme der Kriminalität in den neuen Bundesländern ist die sogenannte Wohlstandskriminalitätsthese: Danach ist der Anstieg der Straftaten das Ergebnis gestiegener Erwartungen und Ansprüche bei gleichzeitiger Vermehrung von Opportunitäten durch den Wegfall von Kontrollmechanismen und die Zunahme „lohnender Objekte“. Dafür spricht unter anderem auch der überdurchschnittlich hohe Anteil der Diebstahlkriminalität in Ostdeutschland.

Nachdem zunächst kurz skizziert wurde, wie sich die Kriminalität faktisch entwickelt hat, wird nun die Frage untersucht, wie sich die Situation aus der subjektiven Sicht der Bürger darstellt. Beides muß keineswegs kongruent sein, weil die Zusammenhänge zwischen der „objektiven“ Lage und der „subjektiven“ Wahrnehmung und Bewertung der öffentlichen Sicherheit durchaus komplex sind. Daß für die Wohlfahrt der Bürger beides gleichermaßen

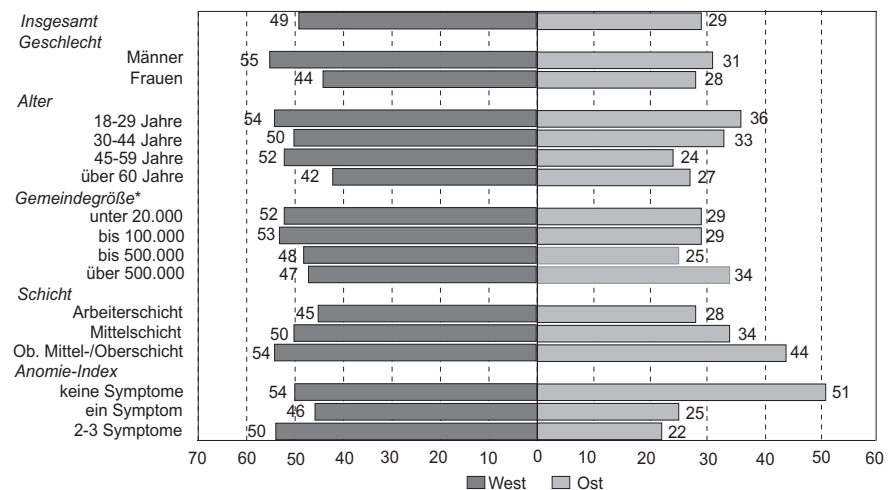
von Bedeutung ist, wird inzwischen auch von der Politik zunehmend erkannt, wenn sie das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zum eigenständigen Kriterium und Ziel entsprechender Programme und Maßnahmen macht, z.B. bei der Gestaltung öffentlicher städtischer Räume.

Schutz vor Kriminalität wird in Ostdeutschland kritischer beurteilt

Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit, d.h. der Schutz vor Kriminalität wird in den alten und neuen Bundesländern unterschiedlich bewertet. Dabei geht es zunächst um eine allgemeine Einschätzung der Sicherheit in der deutschen Gesellschaft, die nicht direkt mit der Wahrnehmung der persönlichen Bedrohungssituation übereinstimmen muß, aber für die Bewertung der gesellschaftlichen Lebensqualität dennoch von Bedeutung ist. Während in Westdeutschland fast die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung den Schutz vor Kriminalität als realisiert erachtet, sind es in Ostdeutschland nur 29 Prozent (Graphik 2). Frauen betrachten den Schutz vor Kriminalität seltener verwirklicht als Männer. Die Differenzen zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen sind in den neuen Bundesländern meist auch ausgeprägter als in den alten Bundesländern. Besonders deutlich wird dies bei der Schichtestufung. So glauben nur 28 Prozent der Ostdeutschen, die der Arbeiterschicht angehören (West: 45%), daß der Schutz vor Kriminalität in Deutschland realisiert sei, gegenüber 44 Prozent der Angehörigen der oberen Mittel- und Oberschicht (West: 54 %).

In Zeiten raschen sozialen Wandels, insbesondere wirtschaftlicher Depression, aber auch Prosperität sind in der Gesellschaft häufig Anomiesymptome wie Gefühle von Einsamkeit, Orientierungslosigkeit und Hilflosigkeit zu beobachten. Es zeigt sich, daß in den neuen Bundesländern - im Zusammenhang mit der sozialen Transformation - nicht nur vermehrt

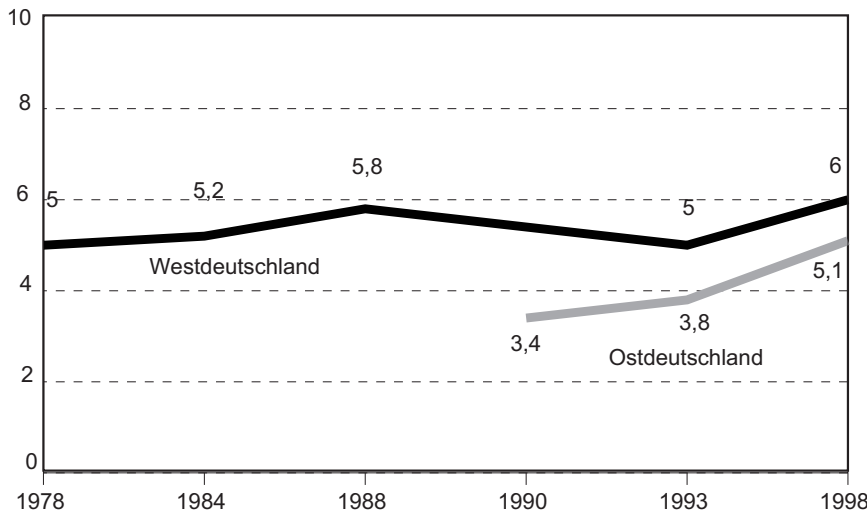
Graphik 2: Realisierung des Schutzes vor Kriminalität - Anteile „voll und ganz“ und „eher“ realisiert



* Gemeindegröße ab 20.000 Einwohner beinhaltet BIK-Stadregionen (Zonen 1-3)

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

Graphik 3: Entwicklung der Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit 1978 - 1998



Skala von 0 „ganz und gar unzufrieden“ bis 10 „ganz und gar zufrieden“
 Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1984, 1990-Ost, 1993, 1998

Anomie auftritt, sondern daß hier auch ein enger Zusammenhang mit der Wahrnehmung von Kriminalität besteht. So erachten mehr als die Hälfte der Ostdeutschen, die keine Anomiesymptome aufweisen, den Schutz vor Kriminalität in Deutschland als realisiert, aber nur etwa ein Viertel derjenigen mit Symptomen. In den alten Bundesländern zeigt sich dieser Zusammenhang weit weniger deutlich. Die Verringerung der Verbindlichkeit von Normen in Zeiten beschleunigten sozialen Wandels, wie er mit dem Systemwandel in Ostdeutschland einsetzte, fördert offensichtlich nicht nur abweichendes Verhalten, sondern auch die Verletzlichkeit und damit das Bedürfnis nach Schutz vor Kriminalität.

Geringe Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit

Betrachtet man, wie zufrieden die Bürger mit der öffentlichen Sicherheit sind, so zeigt sich, daß dieser Aspekt der Lebensverhältnisse im Vergleich zu anderen ausgesprochen kritisch beurteilt wird.

In Westdeutschland belegt die öffentliche Sicherheit in der Rangfolge der Zufriedenheiten mit einzelnen Lebensbereichen mit einem Wert von 5,9 auf der von 0 bis 10 reichenden Skala den drittletzten Platz, knapp vor der Zufriedenheit mit den Möglichkeiten der politischen Betätigung und der Zufriedenheit mit der Kirche. In Ostdeutschland fällt das Urteil noch ungünstiger aus. Hier belegt die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit mit einem Wert von 5,1 sogar den letzten Platz in der Rangfolge von Lebensbereichen. Die Aufgliederung des Gesamtdurchschnitts nach verschiedenen Merkmalen zeigt, daß die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit mit dem Alter und Geschlecht der Befragten, aber auch mit anderen soziodemographischen Merkmalen wie der subjektiven Schichteinstufung und der Gemeindegröße nur wenig variiert. Obwohl die Bürger mit der öffentlichen Sicher-

heit im Vergleich zu anderen Lebensbereichen eher unzufrieden sind, ist im Vergleich zu 1993 eine deutliche Zunahme der Zufriedenheit zu verzeichnen: in Westdeutschland von 5,0 auf 6,0 und in Ostdeutschland von 3,8 auf 5,1 (Graphik 3). In Westdeutschland setzt sich damit - so hat es den Anschein - der 1993 unterbrochene, zwischen 1978 und 1988 zu beobachtende Trend einer steigenden Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit fort. Das gilt auch für Ostdeutschland, wo die Zufriedenheit zwischen 1990 und 1993 leicht von 3,4 auf 3,8 und nunmehr deutlich auf 5,1 gestiegen ist, allerdings auf einem nach wie vor sehr niedrigen Niveau.

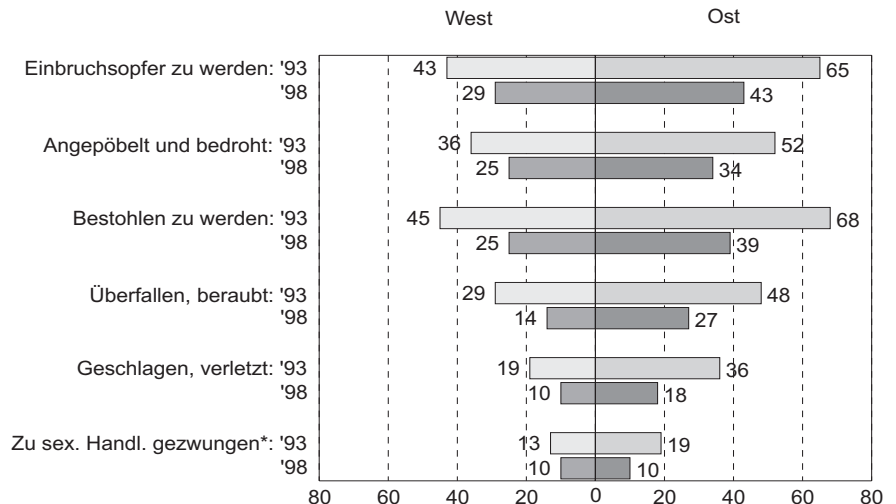
Höchste Viktimisierungserwartung bei Einbruch

Während die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit zum Ausdruck bringt, wie die aktuelle Situation vor dem Hintergrund individueller Ansprüche und Wertorientierungen

summarisch beurteilt wird, geht es bei der Viktimisierungserwartung ganz explizit um die Erwartung, persönlich innerhalb eines konkreten, begrenzten Zeitraums Opfer kriminellen Verhaltens zu werden. Betrachtet man die Ergebnisse, so ist zunächst bemerkenswert, wie verbreitet die Erwartung ist, persönlich Opfer eines Verbrechens zu werden und es fällt auf, daß die ostdeutsche Bevölkerung die Viktimisierungsrisiken durchgängig höher einschätzt als die westdeutsche. Von den westdeutschen Befragten sehen es 1998 44 Prozent als „sehr wahrscheinlich“ oder „wahrscheinlich“ an, innerhalb eines Jahres das Opfer von mindestens einem der vorgegebenen Delikte zu werden, von den ostdeutschen 60 Prozent. Am höchsten erscheint den Befragten die Wahrscheinlichkeit, Opfer eines Einbruchs zu werden: 29 Prozent der Westdeutschen und 43 Prozent der Ostdeutschen halten das für sehr wahrscheinlich oder wahrscheinlich. Bestohlen zu werden halten 25 Prozent der Westdeutschen und 39 Prozent der Ostdeutschen für wahrscheinlich und angepöbelt und bedroht zu werden ebenfalls 25 Prozent der Westdeutschen und 34 Prozent der Ostdeutschen. Auch die Wahrscheinlichkeit überfallen und beraubt zu werden, wird von den ostdeutschen Befragten mit 27 Prozent deutlich höher eingeschätzt als von den westdeutschen mit 14 Prozent. Von den Frauen sind es dagegen hier wie dort jeweils 10 Prozent, die es als wahrscheinlich ansehen, zu sexuellen Handlungen gezwungen zu werden (Graphik 4).

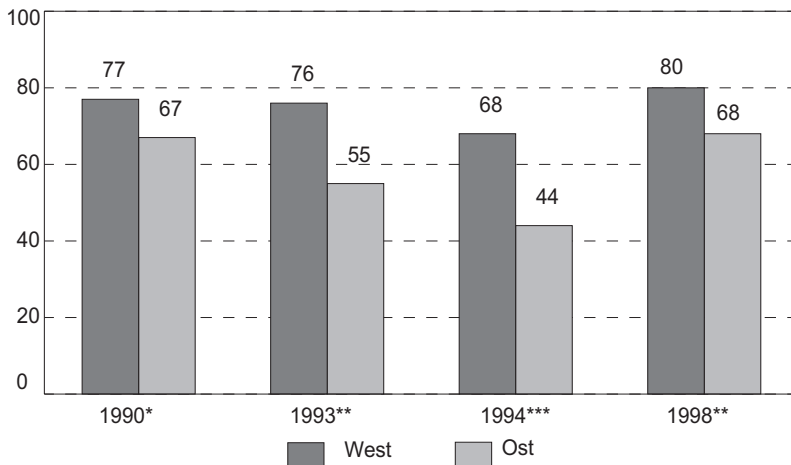
Welche einzelnen Bevölkerungsgruppen es als mehr oder weniger wahrscheinlich ansehen, Opfer eines Verbrechens zu werden, ist von Delikt unterschiedlich. Zumeist ist jedoch die Erwartung bei Frauen höher als bei Männern, und oft fühlen sich die jüngeren und älteren Altersgruppen stärker bedroht als die mittleren. In der Regel wird die Wahrscheinlichkeit, Opfer zu werden zudem in kleineren Gemeinden geringer eingeschätzt als in Städten, vor allem als in Großstädten. Verschiedentlich spielt auch die Wohnform eine Rolle, be-

Graphik 4: Viktimisierungserwartung – Anteile „sehr wahrscheinlich“ und „wahrscheinlich“



* nur Frauen
 Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993, 1998

Graphik 5: Sicherheit in der Wohngegend – Anteile „sehr sicher“ und „sicher“ in %



Datenbasis: * MPI/BKA Erhebung, *** BKA/Emnid Mehrthemenbefragung, Dörmann 1996, S. 43
 ** Wohlfahrtssurvey 1993, 1998

sonders in Ostdeutschland. Es sind vor allem Mieter von Wohnungen in größeren Wohneinheiten, die es als überdurchschnittlich wahrscheinlich ansehen, z.B. Opfer von Körperverletzungsdelikten, Raubüberfällen und Diebstählen zu werden.

Unabhängig davon, wie realistisch diese subjektiven Erwartungen Opfer eines Verbrechens zu werden sind, dokumentieren sie in ihrem Ausmaß doch, daß beachtlich große Teile der Bevölkerung erhebliche Zweifel an der Gewährleistung ihrer persönlichen Sicherheit und des Schutzes vor Kriminalität haben. Und selbst wenn sie gemessen am objektiven Viktimisierungsrisiko unrealistisch sind, sind sie nicht zuletzt auch von der Polizei und der Politik dennoch ernst zu nehmen, da davon auszugehen ist, daß die geäußerten Viktimisierungserwartungen nicht nur das subjektive Wohlbefinden beeinträchtigen, sondern auch beachtliche Verhaltenskonsequenzen haben. Der Anteil der Befragten, die es als wahrscheinlich ansehen, Opfer eines der genannten Verbrechen zu werden, ist 1998 - gemessen an den Werten von 1993 - in den alten und in den neuen Bundesländern gleichermaßen jedoch um jeweils rund ein Viertel zurückgegangen. Bezogen auf die einzelnen Deliktarten ist der Rückgang der subjektiven Viktimisierungserwartung bei den Gewalt- und Diebstahldelikten am stärksten ausgeprägt.

Die subjektiv empfundene Sicherheit in der eigenen Wohngegend ist ein Indikator für die Beurteilung der öffentlichen Sicherheit, mit dem die Aufmerksamkeit ganz bewußt auf das unmittelbare Lebensumfeld fokussiert wird. Wie die Ergebnisse zeigen, fühlt sich etwa jeder fünfte Westdeutsche und etwas mehr als jeder dritte Ostdeutsche nachts und alleine in der eigenen Wohngegend ziemlich unsicher oder sehr unsicher. Gegenüber 1993 ist das Gefühl der Unsicherheit in der eigenen Wohngegend damit deutlich zurückgegangen, d.h. die durchgängig festzustellende Tendenz ei-

ner günstigeren Wahrnehmung und Bewertung der öffentlichen Sicherheit ist auch an diesem Indikator abzulesen (Graphik 5).

Trotz geringerem Risiko fühlen sich Frauen und alte Menschen unsicherer

Das Sicherheitsempfinden einzelner Bevölkerungsgruppen entspricht nicht immer deren faktischem Risiko, Opfer einer kriminellen Handlung zu werden. So sind Männer nicht nur häufiger Täter, sie sind auch häufiger Opfer krimineller Handlungen. Ihr Opferrisiko bei Mord oder Raub ist etwa doppelt so hoch wie bei Frauen, bei schwerer oder gefährlicher Körperverletzung sogar dreimal so hoch. Dennoch fühlen sie sich sicherer als Frauen. 1998 schätzen 89 Prozent der westdeutschen Männer, aber nur 71 Prozent der westdeutschen Frauen ihre Wohngegend als „sicher“ oder „sehr sicher“ ein (Graphik 6). Auch in den neuen Bundesländern ist dieser geschlechtsspezifische Unterschied zu beobachten, allerdings

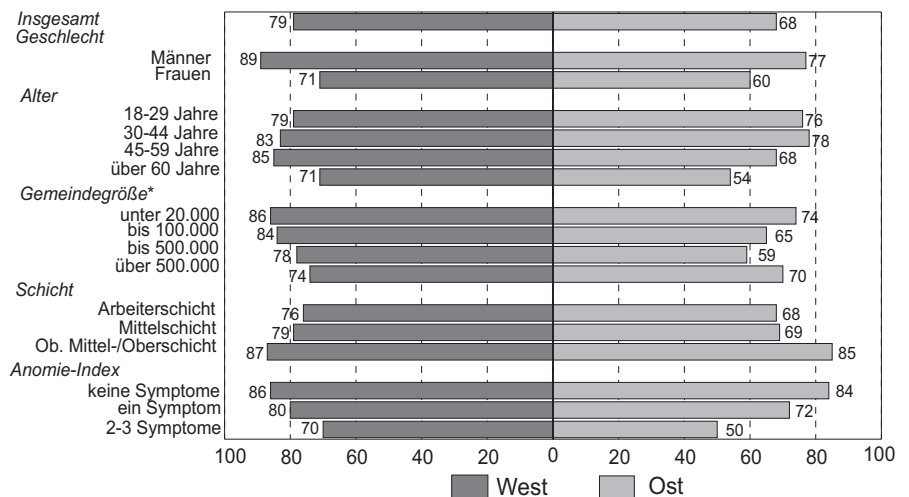
liegen die entsprechenden Anteile jeweils etwa 10 Prozent niedriger.

Die Aufgliederung nach Altersgruppen zeigt zudem, daß auch ältere Menschen ihre Wohngegend als weniger sicher erachten als jüngere. Auch hier entspricht die subjektive Wahrnehmung nicht der objektiven Bedrohungssituation, denn ältere Menschen haben ein niedrigeres Risiko, Opfer von Straftaten zu werden als jüngere, abgesehen von spezifischen Delikten wie Handtaschenraub. Zur Erklärung der überproportional hohen Kriminalitätsfurcht bei Frauen und im Alter werden verschiedene psychologische Faktoren angeführt. Hierzu gehören erhöhte allgemeine Ängstlichkeit, das Gefühl von Hilflosigkeit oder die Wahrnehmung schwerwiegender Konsequenzen von Viktimisierung, z.B. für die Gesundheit oder die ökonomische Situation⁵.

Hinsichtlich der Wohnortgröße entspricht das sinkende Sicherheitsgefühl bei steigender Einwohnerzahl der erhöhten faktischen Kriminalitätsbelastung. In Gemeinden unter 20.000 Einwohner fühlen sich die Menschen am sichersten, in Großstädten bzw. großstädtischen Ballungsgebieten am unsichersten. Eine Ausnahme bilden hier großstädtische Ballungsräume in Ostdeutschland. Hier wird u.a. argumentiert, daß die Bewohner in Ballungsräumen dort eher direkte Erfahrungen mit Kriminalität machen und sie deshalb als weniger bedrohlich einstufen würden. Auch die subjektive Schicht-einstufung weist einen Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Sicherheit im Wohngebiet auf. Insbesondere Personen, die sich der Oberschicht zuordnen, nehmen ihre Wohngegend als besonders sicher wahr. Die Wahrnehmung der Sicherheit in der Wohngegend ist auch nicht unabhängig von der Wohnform. Mieter in Häusern mit mehreren Mietparteien fühlen sich unsicherer in ihrer Wohngegend als Personen in Ein- und Zweifamilienhäusern.

Psychische Folgen schneller gesellschaftlicher Veränderung, wie sie mit dem Anomieindex

Graphik 6: Wahrnehmung der Sicherheit in der Wohngegend – Anteile „sehr sicher“ und „sicher“



* Gemeindegröße ab 20.000 Einwohner beinhaltet BIK-Stadtregionen (Zonen 1-3)
 Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

gemessen werden, weisen auch mit der Kriminalitätsfurcht einen engen Zusammenhang auf - insbesondere in Ostdeutschland⁶. 84 Prozent der Ostdeutschen, die keine Anomiesymptome aufweisen, fühlen sich in ihrer Wohngegend sicher, gegenüber lediglich 32 Prozent derjenigen, die mehrere derartige Symptome zeigen. Bei der westdeutschen Bevölkerung sinkt zwar auch das Sicherheitsgefühl mit der Zunahme von Anomiesymptomen, aber der Zusammenhang ist weniger deutlich.

Als Fazit läßt sich festhalten, daß alle hier betrachteten subjektiven Indikatoren darauf hindeuten, daß die Bürger der öffentlichen Sicherheit in der Bundesrepublik im Herbst 1998 ein ungleich besseres Zeugnis ausstellen als 1993. Bei einer am Ende der neunziger Jahre wieder rückläufigen Gesamtkriminalitätsbelastung hat nicht nur die Zufriedenheit mit dem Schutz vor der Kriminalität zugenommen, sondern es ist auch die subjektive Erwartung, Opfer eines Verbrechens zu werden, deutlich gesunken. Damit einher geht ein ebenfalls beachtlicher Anstieg des subjektiven Empfindens von Sicherheit in der unmittelbaren Wohngegend. Trotz dieser im Vergleich zu 1993 positiven Entwicklungen wird das Wohlbefinden der Bürger nach wie vor durch Kriminalität beeinträchtigt: Im Vergleich zu anderen Aspekten der Lebensverhältnisse ist die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit ausgesprochen niedrig, und nach wie vor beurteilen die ostdeutschen Bürger die öffentliche Sicherheit ungünstiger als die westdeutschen, aber die Unterschiede haben sich gegenüber 1993 deutlich verringert.

■ **Heinz-Herbert Noll und**
 ■ **Stefan Weick, ZUMA**
 Tel.: 0621/1246-241/-245

- 1 *Der Wohlfahrtssurvey wurde 1998 zum siebten Mal durchgeführt und speziell für die Wohlfahrtsmessung und Analyse der Lebensqualität konzipiert. Dabei wurden 2007 Personen in den alten Bundesländern und 1035 Personen in den neuen Bundesländern befragt (vgl. dazu ISI Nr. 22, Juli 1999, Seite 2).*
- 2 *Auf die in diesem Zusammenhang relevante Dunkelzifferproblematik kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden.*
- 3 *Der Rückgang zwischen 1962 und 1963 ist lediglich ein statistisches Artefakt und beruht darauf, daß die Straßenverkehrsdelikte seither nicht mehr in der PKS berücksichtigt werden.*
- 4 *Zu den mit der Einführung der PKS in den neuen Ländern verbundenen Erfassungsproblemen vgl. u.a. Kerner (1997).*
- 5 *Vgl. dazu auch E.A. Fattah (1993).*
- 6 *Vgl. dazu auch die Ergebnisse einer Längsschnittstudie zur Kriminalitätsfurcht in Dresden (Reuband 1999).*

Dörmann, Uwe, 1996: *Wie sicher fühlen sich die Deutschen?* Wiesbaden: Bundeskriminalamt.

Fattah, Ezzat A., 1993: *Research on Fear of Crime: Some Common Conceptual and Measurement Problems.* In: W. Bilsky, Ch. Pfeiffer, P. Wetzels (Eds.), *Fear of Crime and Criminal Victimization.* Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag, S. 45-70.

Kerner, Hans-Jürgen, 1997: *Kriminologische Forschung im sozialen Umbruch. Ein Zwischenresümee nach sechs Jahren deutsch-deutscher Kooperation.* In: K. Boers, G. Gutsche, K. Sessar (Hrsg.), *Sozialer Umbruch und Kriminalität in*

Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 331-372.

Noll, Heinz-Herbert, Schröder, Helmut, 1995: *Öffentliche Sicherheit und subjektives Wohlbefinden in Ost- und Westdeutschland.* In: W. Glatzer, H.-H. Noll (Hrsg.), *Getrennt vereint. Lebensverhältnisse in Deutschland seit der Wiedervereinigung.* Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag, S. 305-328.

Reuband, Karl-Heinz, 1999: *Kriminalitätsfurcht. Stabilität und Wandel.* In: *Neue Kriminalpolitik*, 2/1999, S. 15-20.

Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit

Unterschiedliche Bewertungen in Ost- und Westdeutschland

Moderne Wohlfahrtsstaaten wie die Bundesrepublik Deutschland ermöglichen den meisten Bürgern ein Leben in Wohlstand und eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe. Sozialstaatliche Regelungen gewährleisten ein bemerkenswertes Maß an sozialer Sicherheit, die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums sorgt für mehr Gerechtigkeit, und die Verfassung garantiert eine Vielzahl von Freiheitsrechten. Inwieweit Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit verwirklicht sind, läßt sich jedoch nicht allein anhand gesetzlicher Bestimmungen und institutioneller Arrangements ermesen, sondern ist auch von einer Vielzahl sozioökonomischer Rahmenbedingungen und individueller Partizipationschancen abhängig. Die subjektive Wahrnehmung von Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit durch die Bürger kann helfen, Diskrepanzen zwischen gesellschaftlichen Leitbildern und gesellschaftlicher Realität aufzudecken und deren Ursachen zu erkennen. Die Datenbasis für die nachfolgenden Analysen ist der Wohlfahrtssurvey 1998, eine Repräsentativumfrage in den alten und neuen Ländern (vgl. S. 5, Anmerkung 1).

Freiheitsrechte gelten als weitgehend verwirklicht

Die Freiheitsrechte sind im Grundgesetz festgeschrieben. Hier werden unter anderem das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Freiheit des Glaubens, das Recht der freien Meinungsäußerung und das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen, garantiert. Inwieweit diese Freiheitsrechte verwirklicht sind, bewerten die Bürger ganz unterschiedlich.¹

Die Mehrheit der Bevölkerung ist der Meinung, daß die Glaubensfreiheit in der Bundesrepublik realisiert ist (Tabelle 1). Auch das Recht auf freie Meinungsäußerung wird von den meisten als gegeben angesehen, acht von zehn Westdeutschen und sieben von zehn Ostdeutschen meinen, daß man immer und überall seine Meinung frei äußern kann.

Die Freiheit, so zu leben wie man will, und die Berufsfreiheit werden in Ost und West ganz unterschiedlich beurteilt: Während die überwiegende Mehrheit der westdeutschen Befragten sagt, daß diese Rechte verwirklicht seien, beklagt ein Großteil der Bürger in den neuen Bundesländern größere Defizite. Jeder zweite meint, daß das Recht auf freie Entfaltung der

Persönlichkeit eingeschränkt ist und sieben von zehn Befragten sehen die Freiheit der Berufswahl nicht verwirklicht.

Zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen gibt es bemerkenswerte Unterschiede bei der Wahrnehmung und Bewertung der Freiheitsrechte. Besserverdienende sind häufiger als Einkommensschwache davon überzeugt, daß diese Rechte verwirklicht sind, und Erwerbstätige meinen dies öfter als Arbeitslose. Die Resultate verdeutlichen, wie sehr die individuell wahrgenommene Freiheit von der Höhe des Einkommens und vom Erwerbsstatus, kurz: von den individuellen Partizipationschancen abhängig sein kann.

Auch das Lebensalter wirkt sich auf das Urteil über die Freiheitsrechte aus. Die Bewertung der Berufsfreiheit beispielsweise fällt bei den 18-34jährigen deutlich positiver aus als bei den Älteren. Hierfür dürfte in erster Linie ein ungleiches Ausmaß an Mobilität und Flexibilität verantwortlich sein. Weil jüngere Menschen seltener familiär, beruflich bzw. örtlich gebunden sind, haben sie größere Chancen, Beruf, Ausbildungsstätte und Arbeitsort frei zu wählen, bzw. überhaupt einen Arbeitsplatz zu finden.